

Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Die städtische Verwaltung ist keine Werbefläche für die Privatwirtschaft

Mit Erstaunen und Befremdung haben wir erfahren, dass die Direktion SUE in der Schalterhalle der Einwohnerdienste auf Bildschirmen Werbung für private Firmen eingeschaltet hat. Sie wirbt für neue Firmen und habe dafür 200 Firmen angeschrieben. Dies offenbar ohne Wissen des Gesamtgemeinderats. Die Äusserungen des zuständigen Gemeinderates Reto Nause sind ziemlich naiv, er hat sich nicht die Mühe genommen über die Rolle und Funktion der Stadt nachzudenken: „Das ist ein attraktiver Ort für Werbung“. Diese Feststellung ist richtig, gerade darum muss die Stadt aufpassen, dass sie nicht als „Diener“ der ausgewählten Privatwirtschaft funktionier und bei Bewohnerinnen und Bewohnern ihre Glaubwürdigkeit als Service public verliert.

Auch die Erklärung, dass keine politischen, rassistischen und sexistischen Werbungen zugelassen werden, greift zu kurz. Zum einen ist die Grenze rechtlich unklar, zudem werden Überschreitungen oft erst später bemerkt. Auch zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit ist es nur richtig, dass in städtischen Verwaltungsgebäuden Werbung für Private nicht zugelassen wird.

Staatliche Institutionen wie Ämter sind nicht Werbeflächen für die Privatwirtschaft, sie dürfen sich auch nicht dafür anbieten. Die Privatwirtschaft hat mehr als genug Platz in der Gesellschaft in Anspruch genommen und die Hallen und Büros der Verwaltung muss sie nicht auch noch erobern, und dies noch auf Einladung des Gemeinderats!

Die Begründung, damit lasse sich ein Werbeeinkommen generieren, ist kurzsichtig. Nirgendwo ist vorgesehen, dass die Ämter mit Werbung für die Privatwirtschaft Geld beschaffen sollen. Verwaltungshallen und Büros sollten nur reine Information für die Bevölkerung vermitteln; wenn dies mit einem Bildschirm geschieht, spricht nichts dagegen. Die Stadt Bern hat genug Themen, die NeuzuzügerInnen und Bevölkerung mehr interessieren würden: z.B. städtische Ombudsstelle, gggfon, Museumsnacht, Kulturelle Angebote und Institutionen, Informations- und Beratungsstellen wie z.B. ISA usw.

Die Stadt Bern muss auf Werbung für Privatwirtschaft in den Ämtern und Verwaltungsgebäuden unverzüglich verzichten. Gleichzeitig soll sie die Informationen über Beratungs- und Informationsstellen für die Bevölkerung da vermitteln, wo Leute sie brauchen und lesen können.

Wir bitten dem Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie rechtfertigt der Gemeinderat die Werbung für private Firmen in den städtischen Verwaltungsgebäuden?
2. Ist er bereit, auf diese Bürgerinnen-unfreundliche und verwirrende Werbung der Privaten zu verzichten, gleichzeitig aber das Informationsangebot über Beratungs- und Informationsstellen auszubauen?

Begründung der Dringlichkeit:

Da die Werbung für die Privatwirtschaft in der Wartehalle der Einwohnerdienste läuft und die Direktion SUE für weitere Werbungen wirbt, ist es wichtig, dass dieses Vorgehen so schnell wie möglich gestoppt wird.

Bern, 26. Mai 2011

Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB), Stéphanie Penher, Lea Bill, Monika Hächler, Christine Michel, Judith Gasser, Regula Fischer, Urs Frieden, Rolf Zbinden, Luzius Theiler

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Antwort des Gemeinderats

Seit dem Jahr 2000 werden Kundinnen und Kunden der Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei (EMF) der Stadt Bern in der Schalterhalle innerhalb der Räumlichkeiten an der Predigergasse 5 über ein elektronisches Kundeninformationssystem (KIS) mit Informationen bedient. So werden Informationen über Veranstaltungen in der Stadt Bern wie folgt aufgeschaltet:

- Familiennachzugsabende
- Neuzuziehendenanlässe
- Einbürgerungsveranstaltungen
- Mütter- und Väterberatungen
- Veranstaltung des Kompetenzzentrums Integration zum Thema Zwangsverheiratung
- Attraktivitäten wie Tierpark Dählhölzli, BärenPark sowie Informationen für besondere Anlässe wie beispielsweise zum autofreien Sonntag
- neuste Informationen zu ausländerrechtlichen Änderungen und allgemeine Hinweise für die Bevölkerung
- Aktionswochen gegen Rassismus, Fest der Kulturen sowie Informationen zum Einstein-Haus in Bern

Die Nutzung dieses KIS steht seit Einführung nach wie vor jeglichen städtischen Ämtern offen.

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat unterstützt dieses KIS. Im Zuge der allgemeinen Sparprogramme der Stadt Bern befürwortet er zusätzliche Einnahmequellen. Dank der Werbeeinnahmen kann dieses KIS kostenneutral betrieben werden und muss unter dem Blickwinkel der Steuerzahlenden der Stadt Bern als bürgerinnen- und bürgerfreundlich angesehen werden.

Zu Frage 2:

Diese sachlichen Informationsblöcke werden durch gewinnende, auf ein völlig anderes Produkt ausgerichtete Werbeblöcke unterbrochen. Diese zusätzlichen Werbeinformationen beinhalten weder politische, rassistische, sexistische oder andere diskriminierende Inhalte. Zudem ergaben selektive Kundinnen- und Kundenbefragungen, dass die Aufmerksamkeit durch die Unterbrechungen nicht stören, Werbeeinlagen stets als solche erkannt werden und es bisher zu keinen unzulässigen Vermischungen führte.

Das Verhältnis von vier Informationen zu einer Werbung ist moderat. Eine Erhöhung dieser Quote wird nicht angestrebt. Der Gemeinderat der Stadt Bern hält an der heutigen Praxis fest, wonach Werbung Dritter, unter Berücksichtigung des unbedenklichen Inhalts, weiterhin möglich ist.

Bern, 21. September 2011

Der Gemeinderat